



## **Corona-Krise trifft Berggebiete hart - langfristige Massnahmen zur Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe sind gefordert!**

### **1. Wirtschaft in den Berggebieten massiv betroffen**

Die Corona-Krise hat die Schweiz seit März 2020 mit aller Wucht erfasst. Der Bundesrat hat Führungsstärke bewiesen und ein Paket von Hilfsmassnahmen geschnürt, welches die wichtigsten kurzfristigen Effekte der Krise abfedern soll. Doch die Corona-Krise hat nicht nur kurzfristige sondern auch mittel- und langfristige Auswirkungen. Sie wird das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben auf lange Zeit hinaus grundlegend verändern. Der Vorstand der SAB hat sich am 24. April 2020 mit dieser mittel- und längerfristigen Perspektive befasst und den nachfolgenden Massnahmenkatalog erstellt.

Die Wirtschaft gerade im Berggebiet ist von der Krise massiv betroffen. Denn der Tourismus ist im Berggebiet ein zentraler Pfeiler der Wirtschaftsstruktur. Für den Tourismus sind von einem Tag auf den anderen praktisch sämtliche Einnahmen weggebrochen. Die Restaurants sind geschlossen. Hotels dürften zwar noch geöffnet bleiben. Da aber keine Gäste mehr kommen, sind faktisch auch die meisten Hotels geschlossen. Eine Rückkehr zur Normalität wird nur in kleinen Schritten über einen längeren Zeitraum möglich sein. Der internationale Reiseverkehr wird sich frühestens im Jahr 2021 wieder erholen, wobei nicht davon auszugehen ist, dass er rasch wieder auf das Niveau der letzten Jahre ansteigen wird. Für das Jahr 2020 sind die Prognosen damit sehr düster. Die HES-SO Wallis rechnet in einer Umfrage mit Umsatzeinbussen im schweizerischen Tourismus bis Ende Jahr von 6,4 Mrd. Fr. Rund 17% aller Betriebe gaben in der Umfrage an, dass sie Konkurs anmelden müssen.

Die Coronakrise trifft aber auch die zahlreichen Gewerbebetriebe, welche von einem Tag auf den anderen den Betrieb einstellen mussten. Die Forstwirtschaft kann kein Holz mehr absetzen, die ohnehin schon tiefen Preise sind weiter zusammengebrochen. In der Landwirtschaft fehlen ausländische Arbeitskräfte. In grenznahen Betrieben fehlen die Grenzgänger. Die Betriebe des öffentlichen Verkehrs mussten ihr Angebot massiv reduzieren, die Züge, Busse und Trams verkehren praktisch leer, die Einnahmen brechen weg. Die Aufzählung könnte weiter fortgeführt werden. Kaum eine Branche, die nicht von der Krise betroffen ist. Auf Grund dieser Entwicklungen rechnet das Seco mit einem Rückgang des Bruttoinlandproduktes um bis zu 10% im laufenden Jahr und einer erheblichen Zunahme der Arbeitslosigkeit.

## 2. Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken

Die Corona-Krise zeigt mit aller Deutlichkeit, dass die Schweiz ihre Krisenanfälligkeit in den letzten Jahren unterschätzt hat. Trotz verschiedener Planungen z.B. zu den Wirkungen von Pandemien, war die Schweiz nicht genügend vorbereitet. Die Kapazitäten in den Spitälern wurden laufend abgebaut. Noch im Februar 2020 war die Rede von der Schliessung von 120 Spitälern, vor allem im ländlichen Raum. Pflichtlagerbestände wurden abgebaut, so z.B. bei Alcosuisse und die nach Pandemieplanung einzuplanenden Reserven an Schutzmaterial waren nicht vorhanden. Es ist ein Irrtum zu glauben, man können sich in derartigen Ausnahmesituationen auf Lieferungen aus dem Ausland verlassen. Auch innerhalb der EU setzte sich ein Nationalismus durch. Jedes Land schaute zuerst für sich selbst. So wurde sogar die Lieferung von Schutzmaterial in die Schweiz an der Grenze vorübergehend blockiert.

Das Modell der globalen Wertschöpfungsketten versagt in derartigen Situationen. Wenn bestimmte Produkte weltweit nur noch in einem Land hergestellt werden, bricht die Wertschöpfungskette zusammen. Die Schweiz muss wie jedes andere Land ein Interesse daran haben, seine eigene Wirtschaft zu stärken und einen möglichst hohen Anteil an in Krisenzeiten benötigten Gütern und Dienstleistungen selber im Inland herzustellen. Die Antwort liegt in der Förderung von regionalen und lokalen Wirtschaftskreisläufen. Dies betrifft nicht nur die Industrie sondern auch die Land- und Forstwirtschaft. Die Schweiz weist seit Jahren eine extrem negative Aussenhandelsbilanz beim Holz aus. Das Aussenhandelsbilanzdefizit im Forstbereich beläuft sich auf jährlich 5 Mrd. Fr. Wir exportieren billigen Rohstoff und importieren teure verarbeitete Holzprodukte. Beim Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF ist dieser Sachverhalt kein Thema. Im Gegenteil: gerade im Landwirtschaftsbereich wird ständig nach neuen Marktöffnungen gesucht. Mit der AP2022+ sollte der Agrarfreihandel noch weiter vorangetrieben werden, hätte nicht das Parlament im Jahr 2018 die Notbremse gezogen und den forcierten Agrarfreihandel aus der Vorlage gestrichen. Die offizielle schweizerische Wirtschaftspolitik muss umdenken. Die Förderung regionaler und lokaler Wirtschaftskreisläufe muss eine grössere Priorität erhalten. Dies liegt auch im Sinne des Ansatzes der «Circular Economy» und damit des Umweltschutzes.

Um langfristig negative Wirkungen der Corona-Krise zu vermeiden braucht es nun entsprechende Massnahmen des Bundes und der Kantone. Völlig kontraproduktiv wäre es demgegenüber, wenn im Jahr 2021 ein Sparprogramm folgen würde. Die Wirtschaft muss im Gegenteil durch längerfristig wirksame Massnahmen angekurbelt werden, wobei der Fokus auf den besonders betroffenen Branchen und auf einer Stärkung der Resilienz von Gesellschaft und Wirtschaft gegenüber Krisen liegen muss.

### **3. Langfristig wirksame Massnahmen erforderlich**

Nachfolgend werden einige Massnahmen aufgelistet, welche aus Sicht der SAB prioritär sind, um die negativen langfristigen Folgen in den Berggebieten abzufedern und die Resilienz (Resistenz gegenüber Krisen) von Gesellschaft und Wirtschaft in den Berggebieten zu stärken.

#### **Gesundheitswesen**

Das Gesundheitswesen war im Umgang mit der Corona-Krise am stärksten gefordert. Das Gesundheitspersonal hat in der Krise eine hervorragende Arbeit geleistet. Nichtsdestotrotz zeigen sich klare Mängel, auf welche die SAB schon in der Vergangenheit immer wieder hingewiesen hatte:

- Die Spitalplanungen der Kantone müssen überprüft werden und in einer Gesamtschau mit den Notfallkapazitäten von Militär und Zivilschutz betrachtet werden. Aus dieser Gesamtbetrachtung muss eine Bettenplanung resultieren, die auch Belastungen in Krisensituationen standhält.
- In der Schweiz muss zusätzliches Pflegepersonal ausgebildet werden und die Pflegeberufe müssen attraktiver gestaltet werden. Der indirekte Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative muss deshalb ohne Abstriche gegenüber dem Antrag des Bundesrates vom Parlament verabschiedet werden. Die laufende Verakademisierung der Pflegeberufe muss gestoppt und rückgängig gemacht werden.
- Die Schweiz muss wieder deutlich mehr Ärzte und insbesondere Hausärzte ausbilden. Der Numerus Clausus ist aufzuheben oder zumindest die Schwelle anzuheben. Zudem muss die Entschädigung der Ärzte (Tarmed) so ausgestaltet werden, dass Hausärzte auf dem Land eine höhere Entschädigung erhalten. Die Hausärzte sind die erste Anlaufstelle für Patientinnen und Patienten. In peripheren Bergregionen gibt es kaum mehr Hausärzte. Der einheimischen Bevölkerung und auch den Gästen fehlt dadurch gerade in Krisensituationen eine Ansprechperson vor Ort.

#### **Tourismus und Regionalpolitik (NRP)**

Viele Tourismusbetriebe hatten eben erst den Euroshock überwunden. Die Margen sind immer noch klein und Reserven kaum vorhanden. Im Tourismus ist es vordringlich, nach Ende der Krise die Gäste wieder zurückzugewinnen und die touristischen Unternehmungen zu stärken. Dazu braucht es einerseits ein spezielles Programm im touristischen Marketing, andererseits aber auch eine Stärkung der bestehenden Instrumente zur Förderung von Innovation und Angebotsgestaltung im Tourismus. Zur Stärkung der Tourismuswirtschaft müssen deshalb:

- Eine einmalige Einlage von rund 100 Mio. Fr. zusätzlich in den Fonds für Regionalentwicklung geleistet werden. Die zusätzlichen Mittel sollen vor allem für Projektförderungen à-fonds-perdu verwendet werden. Davon profitieren u.a. Bergbahnen.

- In der Regionalpolitik des Bundes NRP muss der sogenannte Exportbasisansatz fallen gelassen werden. Gemäss dem Exportbasisansatz sind in der Regionalpolitik nur Projekte förderwürdig, welche einen Export aus einer Region darstellen. Das widerspricht dem Anliegen der Stärkung regionaler und lokaler Wirtschaftskreisläufe.
- Innoutour muss um 10 Mio. Fr. aufgestockt werden zur Förderung von neuen Geschäftsmodellen und Kooperationen.
- Im Rahmen von Innosuisse soll ein spezifisches Förderprogramm für Innovationen im Tourismus lanciert werden. Konkret könnte z.B. ein Pool von Innovationscoaches im Tourismus gebildet werden. Die Coaching-Leistungen werden über Innovationschecks abgegolten.
- Schweiz Tourismus muss einen Zusatzkredit von 40 Mio. Fr. erhalten zur Lancierung einer Kampagne zur Stimulation der europäischen Märkte, sobald die Reiseeinschränkungen wieder gelockert werden.
- Die Fördermöglichkeiten der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit müssen angepasst und ein neues Modell der Hotelförderung geprüft werden. Das Problem der Überschuldung von Hotelbetrieben und Restaurants muss langfristig gelöst werden. Die Betriebe müssen bei der Lockerung der Corona-Massnahmen in die Lage versetzt werden, wieder langfristig investieren zu können.

## **Land- und Forstwirtschaft**

Im Bereich der Land- und Forstwirtschaft müssen Ansätze gefördert, welche auf eine Stärkung der regionalen und lokalen Wirtschaftskreisläufe hinwirken. Dazu gehören u.a.:

- eine Lockerung der Bestimmungen des öffentlichen Beschaffungswesens zur Priorisierung von Bauten mit einheimischem Holz.
- eine Stärkung der Ressourcenpolitik Holz mit Zielfokus Absatz von einheimischem Holz sowie die verstärkte Verwendung von Holz als einheimischer, erneuerbarer Energieträger.
- die Stärkung der Zusammenarbeit von Landwirtschaft und Tourismus zwecks Absatz von einheimischen Produkten in der Gastronomie.
- die gezielte Förderung von Projekten in der Land- und Forstwirtschaft, welche regionale Wirtschaftskreisläufe ankurbeln. Dazu gehören u.a. die Projekte zur Regionalen Entwicklung PRE.
- Die verstärkte Förderung von integrierten Wassereinzugsgebietsmanagementsystemen und Bewässerungsprojekten. Damit kann gleichzeitig ein Beitrag zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels - der sich auch in der aktuellen Trockenheit manifestiert - gemacht werden.

## **Digitale Infrastrukturen und digitale Kompetenzen**

Die Corona-Krise zeigt, wie wichtig digitale Infrastrukturen und digitale Kompetenzen sind. Die Infrastrukturen müssen so ausgestaltet sein, dass sie auch in einer Krise voll funktionsfähig sind.

- Kurz nach den ersten einschneidenden Massnahmen des Bundesrates waren die Telekom-Netze am Rande des Zusammenbruchs. Sie waren dem Ansturm auf zusätzliche Bandbreiten für die Schulen, Videokonferenzen usw. kaum gewachsen. Der Ausbau der Glasfasernetze muss deshalb weiter beschleunigt und die Mobilfunknetze unverzüglich auf 5G aufgerüstet werden. Von weiteren administrativen Verzögerungen beim Ausbau der 5G-Netze ist Abstand zu nehmen.
- Im Bildungsbereich sind die Erfahrungen und die ausgelöste Dynamik zur Digitalisierung zu nutzen und daraus längerfristig wirksame Unterrichtsmethoden zu entwickeln. Dies stellt gerade für Bergregionen mit kleinen Schülerzahlen eine Chance dar. Die entsprechenden digitalen Infrastrukturen und Kompetenzen der Lehrpersonen müssen systematisch gestärkt werden.
- Die Möglichkeiten für die elektronische Abwicklungen des Geschäftsverkehrs müssen beschleunigt ausgenutzt werden. Dazu gehören u.a. die Einführung der E-ID und eine Revision des Obligationenrechtes, so dass Beschlüsse vermehrt rechtsgültig auf elektronischem Weg gefasst werden können.
- Homeoffice erwies sich als Rückfallebene für zahlreiche Unternehmungen, die nur dadurch ihre Aktivitäten weiterführen konnten. Etliche frühere Vorbehalte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gegenüber diesem Produktionsmodell sind von einem Tag auf den anderen weggefallen. Homeoffice wird nach der Krise sicher nicht in diesem Ausmass weiter betrieben. Aber etliche Betriebe und Angestellte dürften längerfristig auf Homeoffice umstellen. Dazu müssen die arbeitsrechtlichen Vorgaben angepasst und auch entsprechende steuerliche Anreize für Unternehmen und Arbeitnehmer gesetzt werden.
- Gemeinden müssen gerade in Krisenzeiten einfach und schnell mit ihren Bürgern kommunizieren können. Der Ansatz der Smart villages erlaubt dies mit entsprechenden Tools wie Crossiety, Megaphone usw. Bund, Kantone und Gemeinden sind deshalb aufgefordert, den Smart villages / Smart cities / Smart regions Ansatz weiter zu verfolgen und zu unterstützen.

## **Verkehrswesen**

Die Verkehrsbetriebe mussten ihr Angebot massiv zurückfahren auf ein Minimum. Einnahmen aus dem Billetverkauf brachen weg. Der Branche entgehen monatlich Erträge von rund 500 Mio. Fr. Innerhalb des Jahres 2020 wird es nicht möglich sein, diese Ausfälle zu kompensieren. Um die Betriebe zu unterstützen und um einen Beitrag zur Ankurbelung der Wirt-

schaft, insbesondere der Bauwirtschaft zu leisten sind folgende Massnahmen anzustreben:

- Die über den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds NAF und den Bahninfrastrukturfonds BIF beschlossenen Grossprojekte im Verkehr müssen rasch umgesetzt werden.
- Unterhalts- und Sanierungsarbeiten auf dem Netz des öffentlichen Verkehrs und dem Strassennetz sollen vorgezogen werden.
- Der Verpflichtungskredit für den öffentliche Regionalverkehr 2022 – 2025, welcher derzeit in der Vernehmlassung ist, soll aufgestockt werden auf 4,462 Mrd. Fr., so wie es auch dem ursprünglichen Antrag der Verkehrsunternehmen entspricht. Zur Bewältigung der Effekte der Corona-Krise im öffentlichen Verkehr ist zudem ein Sonderpaket zu schnüren, insbesondere für Unternehmen mit einem hohen Anteil an touristischem Verkehr.
- Der Ausbau der Velowegnetze insbesondere in den Ortschaften und zwischen den Ortschaften zur Bewältigung des Alltagsverkehrs soll beschleunigt und damit der Verfassungsartikel zu den Velowegen aus dem Jahr 2018 umgesetzt werden.

### **Armee und Zivilschutz**

Die Kapazitäten von Armee und Zivilschutz wurden seit den 1990er Jahren massiv heruntergefahren. Beide übernehmen aber zentrale Funktionen für die Sicherheit der Bevölkerung in Krisenzeiten. Das können Pandemien sein wie aktuell die Corona-Krise, das kann aber auch zur Bewältigung von Naturgefahrenereignissen, zur Sicherung der Grenze usw. sein. Armee und Zivilschutz unterstützen die zivilen Dienste in Situationen, in denen die für normale Zeiten verfügbaren Mittel nicht mehr ausreichen. Entsprechende Einsätze müssen geübt und so weit möglich vorbereitet sein. Dies erfordert eine hohe Einsatzbereitschaft und entsprechend dauerhaft finanzielle Mittel. Die Armee und der Zivilschutz dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern ergänzen sich. Die Notfallkonzepte müssen auf Grund der Erfahrungen mit der Corona-Krise überprüft und wo nötig Lücken geschlossen und die dafür nötigen Mittel bereitgestellt werden.

Visp, 28. April 2020  
TE / SAB